

Arbeitskreis  
Sozialistische Kirche  
"Fisch"

~~Ehemalig Jahrbuch MfS (BV)~~

DER BUNDESBEAUFTRAGTE  
für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes  
der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik  
- Außenstelle Magdeburg -

**Nam**

**Nummer:** 906

**BStU**

Archiv der Außenstelle Magdeburg

MfS BV Magdeburg Abt. XX

ZMA

Nr.

**906**

KOMBI-Hängehefter ELN Nr. 155 81 69 2  
Best.-Nr. 42 116

**robotron** Organisationsmittel

Vermerk!

BSTU  
0032

Aus alle betreffende  
Lernzettel 3/0

ASOU - Was ist das  
absenden.

Marie

---

AKSK - ARBEITSKREIS SOLIDARISCHE KIRCHE - WAS IST DAS ?

Kirche ist von ihrem Selbstverständnis her solidarisch: solidarische Kirche also eine Tautologie - ein weißer Schimmel ? Nun herrscht in jeder Institution, weil sie es mit geschichtlicher Wirklichkeit zu tun hat, die sich wandelt, auf die Dauer eine Diskrepanz zwischen Anspruch und Praxis. Das gilt auch für die Kirche. Neue Probleme bringen eine neue Wirklichkeits-sicht mit sich, neue Fragestellungen heischen andere Antworten. Das hat für eine Institution, will sie denn lebendig bleiben, auch strukturelle Konsequenzen. Schelsky sagt zu recht: "Die Kirche ist der Fall einer Institution, die den Widerspruch zu sich mitinstitutionalisieren muß."

Die Kirche hat einige Mechanismen für solch notwendigen Wandel; diese reichen heute aber nicht mehr aus, denn: viele Christen in den Gemeinden, viele kirchliche Mitarbeiter erleben, daß Kirche und solidarisches Handeln häufig nicht identisch sind. Das liegt nicht nur am persönlichen Unvermögen der Betroffenen oder an dem einiger, die Entscheidungsbefugnisse haben, sondern hat auch strukturelle Ursachen. Vielleicht ist die getroffene Unterscheidung zwischen Betroffenen und Entscheidungsvollmächtigen schon ein Indiz dafür. Strukturelle Mißstände kann man nur organisiert beheben. Das verlangt gemeinsame Arbeit. Der Arbeitskreis solidarische Kirche ist der organisierte Versuch auf die Diskrepanz zwischen Anspruch und Praxis der Kirche heute angemessen zu reagieren.

Solidarisches Handeln setzt Verantwortungsbewußtsein voraus, das sich nur unter demokratischen Verhältnissen voll entfalten kann. Diese sind in unserer Kirche nicht durchgängig gegeben.

Der AksK hat sich die Aufgabe gestellt Wege zu suchen, um konkrete Solidarität für von restriktiven kirchlichen Maßnahmen Betroffene zu ermöglichen, das Verantwortungsbewußtsein für die Situation, die Probleme und den Weg unserer Kirche zu wecken - also zur kirchenpolitischen Meinungs- und Willensbildung beizutragen, und nicht zuletzt alle Demokratisierungsversuche in der Kirche und ihrem gesellschaftlichen Umfeld zu unterstützen bzw. solche zu initiieren. Eine Voraussetzung dafür ist, daß die von restriktiven Maßnahmen Betroffenen ihre Isolierung überwinden. Häufig werden sie und ihre Probleme nur als Einzel- bzw. Seelsorgefall behandelt, obgleich es sich auch um grundsätzliche Probleme handelt, die die Verfaßtheit oder das Selbstverständnis unserer Kirche tangieren. Darum versucht der AksK landesweit Kontakte zu ermöglichen und regionale Gruppen zu schaffen, die die Interessen der Betroffenen vertreten. Eine weitere Voraussetzung für innerkirchliche Demokratisierung ist die Ermöglichung einer problemorientierten und nicht-reglementierten Diskussion über die zukünftigen Wege und Aufgaben unserer Kirche und deren strukturelle Bedingungen. Wenn wir in und mit der Kirche

verantwortlich leben wollen, kann dies nicht die Domäne einiger weniger bleiben. Der AksK will deshalb neben der Interessenvertretung zugleich Forum kirchenpolitischer Willens- und Meinungsbildung sein. Von seinem basisdemokratischen Selbstverständnis her wird er die Aktivität verschiedenster, eigenständiger Projektgruppen unterstützen, sofern sie an zukunftssträchtigen Modellen arbeiten, sowie die Kirchenpolitik kritisch begleiten und sich in sie einmischen, wo es um die Bedingungen solidarischen Handelns geht. Die vorrangige Orientierung des AksK auf die kirchliche "Innenpolitik" verhindert nicht die Unterstützung und Thematisierung der Anliegen von Friedens- öko-, Dritte Welt und Menschenrechtsgruppen. Daß das gesellschaftliche Umfeld auf die Kirche und deren Politik einwirkt und umgekehrt ist ein Gemeinplatz. Nach basisdemokratischem Verständnis sollte aber auch hier eine partielle Aufgabenteilung möglich sein.

Sollen unsere Modelle für und unsere Kritik an Teilen der kirchlichen Praxis deren Wandel bewirken, so müssen unsere Fragestellungen fundamental sein. Eine Kritik bedürftige Praxis ist immer auch Symptom eines Kritik bedürftigen Selbstverständnisses. Es gilt zu fragen, was für ein Politik-, Rechts- und Kulturverständnis verbirgt sich hinter bestimmten Entscheidungen, was für eine Ethik hinter restriktiven Maßnahmen oder den Konzepten gegenwärtiger Finanzpolitik unserer Kirche.

Hinter allen kritischen Analysen und Neuorientierungsversuchen steht zuletzt die Frage nach dem rechten theologischen Verständnis unseres Glaubens. Häufig schwingt in der Kritik an basisdemokratischen Aktivitäten in unserer Kirche der Vorwurf mit, es gehe dabei primär nicht um unser Christsein, es fehle die theologische Besinnung. Dem ist nicht so. Den meisten Aktivitäten liegt aus- oder unausgesprochen eine "Theologie der Beziehungen"- um eine weitere Tautologie auszusprechen - zugrunde: es geht um das Wie des "Einander" in der johanneischen Fassung des Höchsten Gebotes eingedenk Jesu Option für herrschaftsfreie Beziehungen (Joh.13,34f.u.15,12ff.). Die Kirche entläßt ihre "Kinder" nicht, was Wunder, wenn sie auswandern oder rebellieren!

Zur Fortführung der Diskussion unsystematisch einige grundsätzliche und provokante Thesen zur gegenwärtigen Kirchenpolitik:

1. Eine taktisch oder pragmatisch orientierte kirchliche "Außenpolitik" untergräbt den für die Verkündigung unabdingbaren Wahrheitsanspruch, weil dieser Wahrhaftigkeit und Richtigkeit impliziert. (z.B. Umgang der Bundes-synode mit dem "Abgrenzungspapier")

2. Eine restriktive kirchliche "Innenpolitik" scheint sich selbst zu legitimieren, weil sie die Phänomene erzeugt, gegen die sie antritt. In Wahrheit befördert sie eine umsichgreifende Verantwortungslosigkeit und untergräbt ihren Auftrag und das Selbstverständnis ihrer Mitarbeiter. (z.B. Beschluß der Kirchenleitung zu den "eheähnlichen" Gemeinschaften; Entsendungspraxis der Kirchenleitung)
3. Der Rekurs auf eine eingeschränkte Gesinnungsethik bei Entscheidungen oder deren Begründung ist nicht nur ein Hinweis auf konzeptionelle Ratlosigkeit, sondern auch bedenklich, wenn dadurch Nebenwirkungen der intendierten Handlungen ausgeblendet werden. (vgl. oben)
4. Wenn auch die Liebesbotschaft einer Verrechtlichung von Beziehungen entgegensetzen scheint, so sollte sie dennoch verlangt werden, solange eine hierarchische Struktur unserer Kirche mit Vorbehalts- und Weisungsrechten Bevormundung und Willkür nicht verhindert. (Rechtsunsicherheit Auszubildender, Status von Mitarbeitern usw.)
5. Es gilt heute aktiv Kulturpolitik zu betreiben, weil die uns umgebende Kultur Epiphänomen unserer Religion ist, selbst da, wo sie den christlichen Anspruch negiert oder ihm gleichgültig gegenübersteht. Wir sind nicht Fremdlinge in einer fremden Umwelt, sondern im eigenen Haus. Da man sich nicht nicht-verhalten kann, sollte die Zeit der Abstinenz vorbei sein. (Stellung zu Kulturellen Veranstaltungen in der Kirche) ~
6. Die Besinnung auf die eigenen finanziellen Möglichkeiten und der Vorrang kommunikationsfördernder Investitionen trägt zu einer gelingenden Selbstdarstellung mehr bei als Repräsentationsobjekte und fremdes Make up.

Gen. Franke

BSTU  
0040

Kopie Notiz

T. 26.9. in übersicht auf-  
nehmen  
mit 1/4 Beauftragte für MB  
abstimmen Kopie anhängend  
Gen. Boock SK-ey. Schneider

277 906 ?

Abteilung XX  
Leiter  
über  
1. Stellvertreter des Leiters der BV  
Gen. Oberst Hille



~~...~~  
- Übersicht im Feld beschaffen  
Kunden werden sein.  
- Am 21.9. 1988 ...  
20.9. 1988 ...

Operativinformation 406/88

Im Rahmen des Kontrollprozesses des Nationalen Postverkehrs wurden 250 Sendungen an Mitarbeiter der Kirchenprovinz Sachsen festgestellt, die von der

Initiativgruppe Pfarrausschuß  
Männerarbeit in der Kirchenprovinz  
Sachsen  
5010 Magdeburg, Hegelstr. 18/11

zum Versand gebracht wurden.

Die Sendungen beinhalten ein unpersönlich gehaltenes Anschreiben und den Entwurf eines Statutes.  
In dem Anschreiben wird darüber informiert, daß am 14.3.88 eine Mitarbeiterinitiative ( MAI ), ( Unabhängige Vertretung kirchlicher Mitarbeiter ) gegründet wurde, damit in Zukunft nicht nur Pfarrer, sondern auch andere kirchliche Mitarbeiter hinreichend vertreten werden.  
Wer von den Empfängern in dieser MAI mitarbeiten will, soll den anhängenden Abschnitt mit Name, Geburtsdatum, Tätigkeit und Anschrift ausfüllen und zurücksenden.  
In dem Schreiben wird weiter mitgeteilt, daß entsprechendes Studienmaterial bereits verschickt wurde.

Der Entwurf des Statutes für die MAI sieht als Ziele vor:

- rechtliche Vertretung in Konfliktfällen mit kirchlichen Anstellungsinstanzen
- Praxisbegleitung
- Förderung schöpferischer kooperativer und verantwortlicher Arbeit zwischen den Mitarbeitern
- Aufbau eines Informationsnetzes

- Begleitung von Gemeinden und Gruppen an notwendigen Veränderungen kirchlichen Lebens

Organisation und Struktur

- Die IAI soll in Regionalgruppen auf Propstei -, Kirchenkreis- und Ortsebene arbeiten.
- Eine Vollversammlung soll zweimal jährlich tagen und ein Leitungskreis aus 3 Personen, der für 2 Jahre gewählt wird, koordiniert die Arbeit zwischen den Vollversammlungen.
- Fachberatungen und Weiterbildung führen unterschiedliche Sachverständigungsgruppen durch.
- Der Mitgliedsbeitrag beträgt in Abhängigkeit von der kirchlichen Stellung 1,- bis 5,- Mark monatlich.

Das Statut soll auf einer Tagung am 26.9.88 10 Uhr in Magdeburg Helmholtzstr. 4 beraten und beschlossen werden.

Das Schreiben wurde im Namen der erweiterten Initiativgruppe von [REDACTED] unterzeichnet.

Bei dem [REDACTED] handelt es sich vermutlich um

Pfarrer

[REDACTED]  
geb. [REDACTED] 44  
w.h. Huy - Neinstedt  
[REDACTED]

Die 250 Empfängeradressen wurden von der Dienst Einheit auf Film dokumentiert.

Es wird um Kenntnisnahme und operative Veranlassung gebeten.

Anlage/Verteiler

Abt. XX	1 Kopie
KD Halberstadt	1 Kopie
MFS, H/AKG	1 Kopie
Abt. M	1 Kopie

Leiter der Abteilung

Theile  
Oberstleutnant

# Männerarbeit in der Kirchenprovinz Sachsen

Hegelstraße 18/II, Magdeburg, 3010

BSTU  
0043

Liebe Schwestern, liebe Brüder!

Sie erhalten mit diesem Briefkopf ein letztes Mal Post, soweit Sie sich als Interessenten für die darin benannte Initiative erklärt hatten. Mit den beiden Konsultationen Juni '87 und März '88, sowie den angezeigten Studientagungen dazwischen, hat eine Phase der Sondierung ihr Ende gefunden. Auf der letzten Konsultation ist von den Anwesenden entschieden worden, die Intentionen dieser Initiative weiter zu führen, aber dem Rechnung zu tragen, daß nicht nur Pfarrer in der Kirche arbeiten und darin gewisse Privilegien genießen, sondern auch die anderen Mitarbeiter Defizite haben und sich bislang nicht hinreichend vertreten wissen.

Deshalb wurde am 14. März '88 eine Mitarbeiterinitiative (MAI) (Unabhängige Vertretung kirchlicher Mitarbeiter) gegründet und eine Gruppe beauftragt, einen Statusentwurf vorzulegen. Dieses möchten wir hiermit tun und damit zur Diskussion herausfordern. In einer Tagung

Montag, den 26.09.1988, 10.00 Uhr  
Magdeburg, Helmholtzstr. 4

möchten wir darüber abschließend beraten, Vorschläge und Ergänzungen einarbeiten und womöglich auch verabschieden.

Die Studienmaterialien sind in einer ersten Auflage an fast alle, die bisher ihr Geld bezahlt haben (bis auf sieben) herausgegangen. Wir möchten uns sehr für den schlechten Druck entschuldigen. Er ist über eine dezentralisierte Herstellung und in Ermangelung jeder Bürokapazität so zustande gekommen. Augenblicklich bemühen wir uns um eine zweite Auflage von besserer Qualität, um die übrigen Bestellungen abzarbeiten. Wer mit der Qualität der ersten Auflage nicht zurande kommt, erhält auf Anforderung die Auflage noch einmal.

Wer von Ihnen in dieser Mitarbeiterinitiative mitarbeiten will, ist gebeten, den angehängten Abschnitt auszufüllen und zurückzuschicken.

Für die geschäftliche Abwicklung vor allem auch der Mitgliedsbeiträge und der Ausgaben steht noch bis auf eine endgültige Verselbständigung das Geschäftskonto der Männerarbeit zur Verfügung, Stichwort "Mitarbeiterinitiative" reicht.  
Konto-Nr. 3542-48-56069

Mit herzlichen Grüßen im Namen  
der erweiterten Initiativgruppe

gez. Herbert Schneider

-----  
Hiermit erkläre ich meinen Eintritt in die "Unabhängige  
Vertretung kirchlicher Mitarbeiter!"

Name . . . . . Geb. Dat. . . . . Tätigkeit . . . . .

Anschrift . . . . .

Entwurf eines Statuts

1. Die Mitarbeiterinitiative (MAI) ist ein unabhängiger Zusammenschluß von kirchlichen Mitarbeitern der KPS
2. Die Mitarbeiterinitiative hat folgende Ziele:
  - 2.1. Rechtliche Vertretung von kirchlichen Mitarbeitern in Konfliktfällen mit den kirchlichen Anstaltungsinstanzen
  - 2.2. Praxisbegleitung kirchlicher Mitarbeiter
  - 2.3. Förderung schöpferischer, kooperativer und verantwortlichen Arbeit zwischen kirchlichen Mitarbeitern
  - 2.4. Aufbau eines Informationsnetzes
  - 2.5. Begleitung von Gemeinden und ihren Gruppen als Teilhabe an der notwendigen Veränderung kirchlichen Lebens
3. Die Mitarbeiterinitiative arbeitet:
  - 3.1. in Regionalgruppen, auf Propstei-, Kirchenkreis- und Ortsebene, die genannte Arbeitsfelder wahrnehmen
  - 3.2. als Vollversammlung, die zweimal jährlich tagt, die Arbeit reflektiert und Grundsatzentscheidungen fällt
  - 3.3. mit einem Leitungskreis, der nicht mehr als acht Personen umfassen soll, für 2 Jahre gewählt wird und die Gesamtarbeit zwischen den Vollversammlungen koordiniert
  - 3.4. mit unterschiedlichen Sachverständigengruppen, die im Auftrag der Vollversammlung Fachberatungen und Weiterbildung durchführen
- 4.1. Mitglied ist, wer durch seine Unterschrift seinen Beitritt erklärt
- 4.2. Jedes Mitglied zahlt einen monatlichen Beitrag von 5,- M, Ruheständler 2,- M, Studenten und Vikare 1,- M
- 4.3. Die Mitgliedschaft erlischt mit der schriftlichen Austrittserklärung.

ZNA 906

BSTU  
0045

aus/Protokoll der  
29. Sitzung des Konsistoriums  
am 24. 10. 88

---

4. Gespräch über AKSK

I - Sens, Staude, Müller

Über Zielstellung und Struktur des Arbeitskreises Solidarische Kirche (AKSK) soll bei den bevorstehenden Superintendenten-Dienstbesprechungen informiert werden. Unter diesem Tagesordnungspunkt der Konsistorialsitzung sollen dafür vorbereitende Überlegungen angestellt werden.

Staude gibt einen Überblick über Zielstellung und Struktur des AKSK (Zielstellung: u. a. Beförderung von Offenheit und Durchsichtigkeit kirchlicher Strukturen; Anliegen der Solidarität unter kirchlichen Mitarbeitern. - Struktur: Bemühen um basis-demokratische Strukturen: Vollversammlung als Entscheidungsorgan, Koordinierungsausschuß mit Entscheidungskompetenzen zwischen den Tagungen der Vollversammlung, Bildung von Basisgruppen auf regionaler Ebene, Möglichkeit der Beauftragung von Themen- und Projektgruppen durch die Vollversammlung). - Zielstellungen des AKSK und der Initiative "Kirche von unten" seien weithin identisch; unterschiedliche Auffassungen gäbe

- 3 -

es offenbar hinsichtlich der Methoden zur Verwirklichung der Ziele ("Kirche von unten" mit Bereitschaft zu größerer Radikalität zur Verwirklichung der Zielstellungen). - Die sog. "Mitarbeiterinitiative" sieht ihren Wirkungsbereich nur im Bereich der Kirchenprovinz Sachsen. Für diese Initiative sei die Überlegung bestimmend, daß die vorfindlichen Strukturen der verfaßten Kirche zur Lösung von Konflikten der Mitarbeiter nicht ausreichend seien.

In der Aussprache wird insbesondere die Frage der Zuordnung des AKSK zur verfaßten Kirche angesprochen (Tendenz zur freikirchlichen Abspaltung? Hinweis auf Notwendigkeit einer rechtlichen Klärung der Zuordnung zur verfaßten Kirche; entsprechende Bemühungen auf der Ebene des Bundes sind angelaufen).

Im Ergebnis der Aussprache wird vom Konsistorialpräsidenten zusammenfassend festgestellt, daß im Interesse des Abbaues von Mißverständnissen und Spannungen Gesprächsmöglichkeiten mit dem AKSK, wo sie sich auf den unterschiedlichen Ebenen ergeben, genutzt werden sollten.

Magdeburg, 13. 05. 1988  
be-koBSTU  
0047bestätigt:

Stellvertreter Operativ

  
Dammann  
OberstK o n z e p t i o nzur operativen Bearbeitung des Arbeitskreises "Solidarische Kirche" (AKSK) im Verantwortungsbereich

Bei dem AKSK handelt es sich um den Versuch, eine Art "gewerkschaftliche Basisbewegung" bzw. einen "Freiraum" in den evangelischen Kirchen der DDR zu schaffen, um ausgehend davon Angriffe gegen progressive kirchenleitende Kräfte, vor allem aber die sozialistische Gesellschaftsordnung vorzutragen.

Die Bildung des AKSK ist ein sogenannter Kopierungsversuch von den bereits in der BRD, in Westphalen und Lippe, bestehenden Arbeitsgemeinschaften "Solidarische Kirche", die ihrerseits der Friedensbewegung nahe stehen sollen.

Der AKSK wurde im Oktober 1986 im Evangelischen Gemeindehaus Berlin-Karlshorst, Eginhardtstr., durch operativ bekannte feindlich-negative Personen gegründet. Zwischenzeitlich führte der AKSK drei Vollversammlungen durch. In diesem Rahmen wurde bekannt, daß innerhalb kirchlicher Strukturen in den jeweiligen Landeskirchen Regionalgruppen des AKSK geschaffen werden sollen.

Bisher bekanntgewordene Zielstellungen des AKSK sind:

- die Schaffung größerer Freiräume in den evangelischen Kirchengemeinden für sogenannte offene Jugendarbeit,
- der Versuch, die Kirchenleitungen unter Druck zu setzen, daß sie eine noch kritischere Haltung zur Politik von Partei und Regierung einnehmen,
- der weitere Ausbau des Mitspracherechts von kirchlichen Mitarbeitern und Laien bei Kirchenleitungsbeschlüssen,
- die Durchsetzung einer größeren Toleranz von Kirchenleitungen gegenüber kirchlichen Mitarbeitern zu Formen des Zusammenlebens (z. B. eheähnliche Verhältnisse).

1. Lage im Verantwortungsbereich

Im Zusammenhang mit der Aufklärung und operativen Bearbeitung einiger Erscheinungen der politischen Untergrundtätigkeit wurde inoffiziell erarbeitet, daß im Verantwortungsbereich bereits eine "Regionalgruppe Magdeburg" des AKSK gebildet wurde, der folgende Personen zugeordnet werden können:

1. [REDACTED]  
3011 Magdeburg  
[REDACTED]  
erfaßt Abteilung XX
2. [REDACTED]  
3021 Magdeburg  
[REDACTED]  
erfaßt KD Magdeburg
3. [REDACTED]  
3241 Nordeenersleben  
[REDACTED]  
erfaßt KD Haldensleben.

Weiterhin konnte im Zuge der Klärung der Informationsbeziehungen die Feststellung getroffen werden, daß die im Verantwortungsbereich operativ bekannten Personen

- Pfarrer [REDACTED]  
3211 Semswagen  
[REDACTED]  
erfaßt Abteilung XX, OV "Spitze"

und

- Pfarrer Dr. [REDACTED]  
3033 Magdeburg  
[REDACTED]  
erfaßt KD Magdeburg, OPK "Doktor"

der Regionalgruppe Magdeburg zuzuordnen sind.

Darüber hinaus wurden durch die HA XX weitere 10 Personen aus dem Verantwortungsbereich identifiziert, die Verbindungen zum AKSK in Berlin haben bzw. als Sympathisanten bekannt wurden (Anlage 2).

Der bisher operativ aufgeklärte Stand der Formierung des AKSK und der sich im Profilierungsprozeß befindlichen Regionalgruppen weisen eine politisch-operative Bedeutsamkeit aus, Ausgangspunkte neuer Aktivitäten im Sinne der PUT zu werden.

Deshalb ist es notwendig, die darin integrierten Personen operativ zu durchdringen, deren Zielstellungen und Aktivitäten aufzuklären und feindlich-negative Auswirkungen zu verhindern bzw. zurückzudrängen.

## 2. Maßnahmen zur operativen Aufklärung des AKSK und deren Mitglieder

Die zu realisierenden Maßnahmen haben das Ziel, die aktuellen politisch-operativen Erkenntnisse zum AKSK im Verantwortungsbereich zu verdichten und einer politisch-operativen Bewertung zu unterziehen, um eventuell erforderliche weiterführende politisch-operative Aufgabenstellungen für 1988 und darüber hinaus begründet abzuleiten.

2.1. Maßnahmen, die durch die Abteilung XX zu realisieren sind:

1. Führen einer zentralen Übersicht über bekanntwerdende Mitglieder und Sympathisanten sowie deren Aktivitäten im AKSK.

2. Prüfung der Möglichkeiten der eigenen Diensteinheit, bereits vorhandene IM an den AKSK und deren Regionalgruppen heranzuführen.

Termin: 15. 09. 1988

3. Durchführung von Absprachen mit den jeweils zuständigen Diensteinheiten hinsichtlich eines perspektivischen inoffiziellen Eindringens in den AKSK.

4. Zielgerichtete Suche und Auswahl einer geeigneten Kontaktperson aus den bereits identifizierten Mitgliedern sowie Sympathisantenkreis.

Termin: Dezember 1988

5. Für die Gewährleistung eines abgestimmten operativen Vorgehens in der Bearbeitung des AKSK und der politisch-operativen Bewertung werden stabile Informationsbeziehungen zur HA XX entwickelt.

6. Vorbereitung und Durchführung einer Koordinierungsberatung mit den zuständigen Diensteinheiten, wo folgende operative Schwerpunkte im Mittelpunkt stehen:

- erkannte operative Lage
- personelle Schwerpunkte
- IM-Arbeit zum Eindringen in den AKSK.

Termin: September 1988

2.2. Maßnahmen, die durch die zuständigen Diensteinheiten zu realisieren sind:

1. Umfassende Aufklärung der im Verantwortungsbereich erkannten Mitglieder und Sympathisanten des AKSK einschließlich ihres Umgangs- und Bekanntenkreises.

2. Gewährleistung eines ständigen Informationsflusses zur Abteilung XX hinsichtlich der Erarbeitung operativ bedeutsamer Informationen zum AKSK sowie zur Abstimmung und Koordinierung weiterer operativer Maßnahmen.

3. Schriftliche Berichterstattung an die Abteilung XX über die erreichten Ergebnisse der Aufklärung der zum AKSK zuzuordnenden Personen und deren Aktivitäten.

Termin: 01. 09. 1988

Die erarbeiteten operativen Aufklärungsergebnisse werden in einer Lageeinschätzung analytisch verarbeitet zur Ableitung weiterführender Maßnahmen für die Planaufgabenstellungen.

Termin: 15. 09. 1988

Verantwortlich: Abteilung XX

Leiter der Abteilung

Anlagen

  
Groch  
Oberstleutnant

5  
2.

25.6/89

## I n f o r m a t i o n

über die VI. Vollversammlung des "Arbeitskreises  
Solidarische Kirche" (AKSK) vom 28. 04. bis  
30. 04. 1989 in Berlin

Vom 28. 04. bis 30. 04. 1989 fand im Evangelischen Gemeinde-  
haus der Superintendentur des Kirchenkreises Berlin-Lichtenberg  
(Sitz des Superintendenten RIBMANN), 1157 Berlin-Karlshorst,  
Eginhardstr. 7-11, die VI. Vollversammlung des AKSK zu dem  
Thema "Koncens - die zarteste Versuchung, seit es Dauer-  
rechner gibt". statt.

An der Veranstaltung, die durch die operativ bekannten Mit-  
glieder des Koordinierungsausschusses (KDA) vorbereitet und  
geleitet wurde, nahmen 81 Vertreter (34 Personen identifiziert)  
verschiedener Regionalgruppen sowie Interessenten aus allen  
Teilen der DDR teil. An der weiteren Identifizierung der Teil-  
nehmer wird gearbeitet.  
Zahlenmäßig stark vertreten waren Teilnehmer aus den Bezirken  
Berlin, Leipzig, Potsdam.  
Als Vertreter der Kirchenleitung der Evangelischen Kirchen-  
leitung in Berlin-Brandenburg nahm kurzzeitig Propst [REDACTED]  
Berlin an der Veranstaltung teil, ohne aber sich mit einem  
eigenen Beitrag an der Diskussion zu beteiligen.

Aktivitäten von Vertretern von Massenmedien bzw. anderen von  
bevorrechteten Personen konnten nicht festgestellt werden.  
Die Veranstaltung verlief ohne Störungen der öffentlichen  
Ordnung und Sicherheit. Auf die staatlichen Feierlichkeiten  
anlässlich des 1. Mai wurde kein Bezug genommen.

Im Mittelpunkt der 3-tägigen Beratung standen folgende in-  
haltliche Themen:

- Rechenschaftsbericht des KDA
- Vorstellung von Beschlussvorlagen und Projekten
- Vorstellung der Kandidaten für den KDA und Wahl der  
neuen Mitglieder für den KDA.

Nach der Eröffnung durch das Mitglied des alten KDA,  
[REDACTED] Huy-Meinstedt und der üblichen Vor-  
stellungsrunde der Teilnehmer wurde durch 4 Mitglieder des  
KDA der Rechenschaftsbericht des KDA vorgetragen.

Pfarrer [REDACTED] /Driest berichtete ausführlich zu dem  
Projekt, 3 Beauftragte des AKSK zur Europäischen Konferenz  
der "Ökumenischen Versammlung für Frieden, Gerechtigkeit  
und Bewahrung der Schöpfung" in Basel zu delegieren.  
Aufgrund der Tatsache, daß der AKSK für alle Mitglieder des  
AKSK einen sogenannten Reiseboykott beschlossen hat, werden  
die operativ bekannten Personen [REDACTED] Magdeburg;  
[REDACTED] Berlin und [REDACTED] Weimar, die keine Mit-  
glieder des AKSK sind, als Delegierte des AKSK für Basel  
nominiert.

Die 3 Personen wurden von der Arbeitsgemeinschaft Christliche  
Kirchen in der DDR, die für Basel die Delegierungen verant-  
wortet, nicht bestätigt.  
Des weiteren informierte [REDACTED] darüber, daß nach Auffassung  
des BEK keine kirchenrechtliche Möglichkeit bestehe, den  
AKSK in die Strukturen des BEK einzugliedern.

[REDACTED], Rostock informierte über die allgemein  
schlechte finanzielle Situation des AKSK und schlug vor,  
aufgrund der totalen Überlastung der sog. Konfliktstelle  
solche Einrichtungen in jeder Landeskirche zu schaffen.

Des weiteren schätzte er die Koordinierung der Arbeit der  
einzelnen Regionalgruppen untereinander als unbefriedigend  
ein.

[REDACTED] Berlin machte Ausführungen zu seinen engen  
persönlichen Beziehungen zu dem Ehepaar [REDACTED] z. Zt. Bochum/  
BRD und darüber, daß auf staatliche Stellen und auf die  
Kirche Einfluß genommen werden soll, um eine Wiedereinreise  
der [REDACTED] s in die DDR zu ermöglichen.

Konsistorialpräsident STOLPE/Berlin soll in diesem Zusammen-  
hang aufgefordert werden, einen Vertreter der Kirchenleitung  
zu einem Gespräch mit den genannten Personen in die BRD zu  
entsenden.



- Die inhaltlichen Aussagen eines Argumentationsmaterials zum Verband der Freidenker, herausgegeben vom Zentralrat der FDJ/Abt. Propaganda, wurden von der Vollversammlung abgelehnt. Gleichzeitig wurde beschlossen, das genannte Papier in Informationsblatt des AKSK Nr. 2 (geplante Ausgabe Mai 1989) zu veröffentlichen.

Die operativ bekannte Person [REDACTED] Berlin sprach sich dafür aus, das genannte Papier nicht für eine Polemik gegen die Freidenker zu benutzen, da er sie als mögliche Gesprächspartner für die Zukunft ansieht. Vielmehr müssen Aktivitäten gegen die Verfasser unternommen werden.

- Dreiten Raum nahm die Diskussion zu dem Problem ehe-ähnliche Partnerschaft von kirchlichen Mitarbeitern ein. Insbesondere wurde zu dem Problem Pastor [REDACTED] / Mecklenburg diskutiert, der aufgrund dessen, daß er in eheähnlicher Partnerschaft lebt in den Wartestand versetzt wurde.

In diesem Zusammenhang wurde beschlossen, [REDACTED] eine Ausgleichszahlung und einmalige finanzielle Zuwendung zukommen zu lassen.

Des Weiteren soll er zur VII. Vollversammlung des AKSK nach Magdeburg eingeladen werden und dort die Durchführung eines Gottesdienstes übernehmen.

- In Zusammenhang mit der Wiedereröffnung des rekonstruierten Greifswalder Domes informierte die Person

[REDACTED] Greifswald

über eine geplante Veranstaltung zum Thema:

"Nachdenken über den Weg der Kirche",

am 6.5.89 in Greifswald, die als Gegenveranstaltung zu den Feierlichkeiten anlässlich der Wiederöffnung des Domes durchgeführt werden soll.

SCHRÖDER verwies in seinen Ausführungen auf den angeblichen Widerspruch zwischen den materiellen und finanziellen Anforderungen für die Rekonstruktion des Domes und der schlechten Baubudgets in der Greifswalder Altstadt sowie die fehlenden Mittel für den Wohnungsbau. Die von [REDACTED] genannten Aktivitäten sollen sich gegen "Prunksucht" in der evangelischen Kirche und gegen die Person des Bischofs der Evangelischen Landeskirche Greifswald, GIENKE/Greifswald, richten.

Dazu wurde von der Vollversammlung der Beschluß gefaßt, daß das Mitglied des KOA [REDACTED] Rostock an dieser Veranstaltung teilnimmt und dem KOA Bericht erstattet.

Folgende Termine zu geplanten Veranstaltungen bzw. Aktivitäten wurden bekanntgegeben:

- Treffen von Nichtwählern am 7.5.89 auf dem Leipziger Marktplatz;
- 9.-11.6.89 DDR-weites Jugendforum (Ort wird noch festgelegt);
- 25.-26.8.89 Menschenrechtsseminar in der Berliner Golgathagemeinde.

#### Anlage

Aufstellung von Materialien, die auf der Vollversammlung zur Verteilung gebracht wurden.

Anlage

Auf der VI. Vollversammlung des AKSK wurden folgende operativ-bekannt Materialien verteilt (liegen vor):

- Informationsblatt "Solidarische Kirche" Februar 1989;
- "Was war los in Leipzig?" von Christian Dietrich/Naumburg;
- Erklärung zum Wahlboykott vom 15.04.89 mit 46 Unterzeichnern aus Berlin;
- "Ein Brief an Christen in der DDR und ihre Gemeindevertreter zu den Kommunalwahlen 1989" vom 8.1.89;
- "Wer die Wahl hat ... - offener Brief an Wählerinnen und Wähler" vom 15.02.89;
- "Erklärung des AKSK - Regionalgruppe Thüringen" vom 16.3.89 (zum Wahlboykott);
- "Offener Brief an den Staatsratsvorsitzenden der DDR, Herrn Erich Honecker" vom 23.01.89;
- "Protestaufruf zu den anhaltenden politischen Repressionen in der Tschechoslowakei" vom Februar 1989;
- "Arche-Information II/89";
- "Protesterklärung" (zu den Zuführungen in Leipzig im Januar 1989);
- "Aktion 300 mal 12,- Mark für ein Friedensstipendium" von Christian Sachse/Torgau;
- "Informationsblatt der Offenen Arbeit, Teil der KVU";
- "Michael Schatrow - weiter, weiter, weiter" vom August 1987;
- "Friedrichsfelder Feuermelder" Februar und April 1989;
- "Friedrichsfelder Extrablatt" März 1989;
- "Vadav Havel" vom März 1989;
- "Aufruf der Initiative Frieden und Menschenrechte Berlin" vom 11.03.89;
- "Dokumentation vom Sonntagsgespräch am 9.4.89 in der Dekonntniskirche - Berlin Treptow";
- "Stalinismus" Dokumentation vom Sonntagsgespräch.